

# Bundesverband Schausteller und Marktkaufleute e.V.



Größter Spitzenverband der Schausteller und Marktkaufleute

Mitglied in der Europäischen Schausteller-Union (ESU)

Bundesgeschäftsstelle: Im Johdorf 26 · 53227 Bonn · Telefon (02 28) 22 40 26 · Telefax (02 28) 22 19 36 · www.bsmev.de · E-Mail: info@bsmev.de

## Schausteller im Gespräch mit der Politik

**Der Fachberater für die nordbayrischen Schausteller, Raimund Krug, Vizepräsident Georg Bernhard und Landesgeschäftsführer Jürgen Wild luden zu einem gemeinsamen Gespräch und Meinungsaustausch ein.**

In diesem Jahr waren die Probleme im Reisegewerbe vielfältig. Präsident Wenzel Bradac hielt hierzu eine flammende Rede und wies darauf hin, dass das Reisegewerbe stark durch die Pandemieauflagen belastet wurde. Auch wenn teilweise die Hilfen geflossen waren, besteht nun die Gefahr, dass manche Betriebe durch die teilweisen Rückforderungen in Schieflage geraten. Die Bürokratie ist für das Reisegewerbe immer schwerer zu händeln und wird immer vielfältiger, sodass diese immer mehr Zeit in Anspruch nimmt. Marktkaufleute und Schausteller warten noch auf die, auf der Landesdelegiertenkonferenz in München verspro-



Präsident Wenzel Bradac

chenen Erleichterung bei der Gestattung. Dieses wäre ein Baustein zur hilfreichen Entbürokratisierung. Durch den Krieg in der Ukraine sind entsprechend noch weitere Verschlechterungen im Markt- und Schaustellergewerbe zum Tragen gekommen. Energiekosten sowie Lieferschwierigkeiten verschiedenster Produkte und Preissteigerungen bei Zulieferer und Dienstleister sind nur einige davon. Aber auch die GEMA droht mit ihrer neuen Rechnungsstellung die Weihnachtsmärkte und auch das eine oder andere Fest zum Scheitern zu verurteilen. Leider konnte das Versprechen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder noch nicht umgesetzt werden. Die Rechtsgrundlage fehlt derzeit noch und es wird sich deshalb noch einige Zeit hinziehen, um ein neues Bayerisches Gaststätten-gesetz auszuarbeiten. Aufgrund der aktuellen Situation, hauptsächlich in Pfaffenhofen, hat sich die DEHOGA entschlossen, einen Heimatpakt zu gründen. Zur Gründung waren Präsident Wenzel Bradac, Vizepräsident Robert Eckl und Jürgen Wild eingeladen. Unter der Prämisse „Gutes Klima, verantwortungsvolles Miteinander, enkeltaugliche Nachhaltigkeit und genussvolle Lebensfreude sind nur gemeinsam möglich.“ wird aufgeklärt, informiert und Aktionen gemacht. Bevormundung und Zwang wird Freiheit, Realität und Eigenverantwortung entgegengesetzt.

Für Raimund Krug, nordbayerischer Schaustellerfachberater, ist es daher unverständlich, dass nach der Pandemie die Auflagen bei Schwertransporten ver-

schärft wurden. Auch die Bearbeitungszeiten der Anträge für Fahrten mit schweren Schaustellerfahrzeugen sind aktuell für Schaustellerbetriebe zu lang. Kurzfristige Änderung der Tournee aufgrund zusätzlicher Veranstaltungsangeboten sind somit nicht möglich. Jürgen Wild konnte hierzu Beispiele nennen: So hatte ein Kollege fünf Wochen auf eine Streckengenehmigung gewartet. Dieser Kollege wusste am Dienstag immer noch nicht, ob er nach dem Abbau am Donnerstagmorgen seinen Transport nach Hause fahren konnte. Dieser Transport war auch noch in seiner Heimatstadt und benötigte keine Stellungnahmen anderer Verkehrsbehörden als die von seiner örtlichen Behörde. In München gibt es mittlerweile einen Stadtratsbeschluss, dass alle Transporte mit Streckengenehmigung, die nach oder durch München führen, eine gesonderte Sondernutzungsgebühr an die Stadt abführen müssen. Eine weitere Auflage ist, dass seit 2022 verschiedene dieser Transporte, nach bereits mehrjährigen Genehmigungen ohne, nun von BF4-Fahrzeugen begleitet werden müssen. Dadurch entstehen weitere Kosten, die im Umkehrschluss dazu führten, dass Vortortskirchweihen in Fürth nicht mehr von, in einem Fall, Autoscooter angefahren werden konnten. Es führt nun dazu, dass diese Kirchweihen ihre Attraktivität verlieren. Das Arbeitnehmerproblem könnte sich laut Raimund Krug auch zu einem besseren wenden, wenn es logischer angewandt werden könnte. So kann ein Mitarbeiter, nachdem er in seinem Betrieb die Arbeitszeit erreicht hat, in einem anderen Betrieb mit einem Minijob weitere Arbeitsstunden arbeiten. Krug würde sich freuen, wenn dieser Arbeitnehmer bei ihm im Betrieb diese zusätzliche Arbeitszeit arbeiten dürfte. Es wäre für Krug kein Problem, in einem solchen Fall einen weiteren Arbeitsvertrag auf Minijob-Basis abzuschließen.

Vizepräsident Georg Bernhard führte den Arbeitnehmermangel als weiteres Problem an. Er befürchtet, dass durch das Bürgergeld noch weitaus mehr Arbeitsplätze unbesetzt bleiben werden. Die Strompreise sind teilweise horrend und nicht mehr kalkulierbar, da diese unterschiedlich von den Stromlieferanten berechnet werden. Die GEMA-Gebühren sind ein großes Thema bei der Organisation von Veranstaltungen. Er führte als Beispiel einen von ihm organisierten Fischmarkt an. Bisher waren 1.700 Euro für die gesamte Zeit von 4 Tagen fällig. Nach den neuen Berechnungen liegt die Gebühr bei 1.700 Euro pro Tag. Dieses kann eine Veranstaltung in der vorliegenden Größe nicht mehr stemmen.

Walter Nussel (MdL, Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayer. Staatsregierung) kennt diese Probleme und fordert, dass man doch die Kirche im Dorf lassen muss. Sein Ziel ist, dass das freie Handeln machbar sein muss. Das gilt bei BIO gleichwohl wie bei dem Arbeitsschutz. Auch hier muss mit Augenmerk gearbeitet werden. Viele dieser Belange werden in Praxis-Checks nun geprüft und entsprechend überarbeitet. Nussel geht auch davon aus, dass in Kürze die Arbeit zu einem bayerischen Gaststätten-gesetz beginnen könnten. Damit könnte sich das leidige Thema der veranstaltungsabhängigen Gestattung für Marktkaufleute und Schausteller ändern. Das Problem mit den Strompreisen wurde bereits mit den Vertretern des BLV, Präsident Wenzel Bradac und Landesgeschäftsführer Jürgen Wild sowie den Stromlieferanten bespro-

chen und man wird weiterhin im engen Kontakt bleiben.

Auch Petra Guttenberger (MdL) lobte die bisherige Zu-



Bürokratieabbau Walter Nussel (MdL)

sammenarbeit und den engen Kontakt zu Jürgen Wild zum Wohle des Berufsstandes der Marktkaufleute und Schausteller. Sie sicherte auch weiterhin ihre enge Zusammenarbeit mit den Vertretern des BLV zu und wird ihre entsprechenden Hausaufgaben machen. Im Moment ist es so, dass man eine bürokratische Sache zum Schlafen bringt, aber plötzlich, aus irgendeiner Ecke ein neuer überaus wichtiger, bürokratischer Aufwand kommt. Es ist nach Ansicht von Guttenberger sehr verwunderlich, wie man in all den Jahrzehnten überleben konnte, ohne dass etwas passierte. Das Thema der Gestattung liegt auch bei ihr am Tisch und wird entsprechend gewürdigt, wenn das Thema eines Bayerischen Gaststätten-gesetz aktuell im Landtag wird. Die 7 % MwSt. für die Gastronomie sowie für die reisende Fest-gastronomie ist wichtig, da es viele Menschen gibt, die sich bei einem bestimmten Preis fragen, ob der Kauf sein muss. Es wird zwar den einen oder anderen geben,



CSU-Landtagsabgeordnete Petra Guttenberger

der es bezahlt, doch die größere Zahl wird verzichten und sich überlegen, ob er eine Gaststätte oder ein Fest noch aufsucht. Guttenberg versteht die Bundespolitik dahin gehend nicht, da doch auch hier Menschen sein müssten die Kommunalpolitik betreiben und erfahren. Diese müssten wissen, was es heißt vor Ort die politischen Entscheidungen mitzutragen. Wenn Guttenberg auf das Jahr zurückblickt, war es in allem eine gute Saison für die Marktkaufleute und Schausteller. Es muss dabei aber bewusst bleiben, dass es ein Sondereffekt und somit nicht übertragbar ist.

Klaus Adelt (MdL) bedankte sich bei den Anwesenden für die schöne gemeinsame Zeit, die er als Landtagsabgeordneter mit den Marktkaufleuten und Schaustellern verbringen konnte. Er wird sich auch weiterhin für das Gewerbe einsetzen. Seinen Schwerpunkt wird er aber wieder in die örtliche Politik legen. Für Adelt muss der Käufer entscheiden, ob dieser BIO möchte. Die Bevormundung mancher Kommunen und Politiker hält er schlichtweg für falsch, da es bei den Gestattungen immer wieder zu Diskrepanzen kommt zwischen den Forderungen der Kommunen und dem was Marktkaufleute und Schausteller gerne hätten. Adelt meinte hierzu, dass die Kommunen gegenüber der Rechtsaufsicht eine Rechenschaftspflicht haben und dementsprechend entscheiden. Adelt befürchtet, dass wenn die Einnahmen der Gestattung wegfallen, diese auf den Platzgeldern widerspiegelt werden. Auch vertritt Adelt die Meinung, dass jeder arbeiten darf, was er will. Aber er gibt auch hier zu bedenken, dass es zu keinerlei Ausnutzung des Arbeitnehmers kommen darf.

Die Anwesenden dankten Adelt mit einem tosenden Applaus für seine 10-jährige Wirkung und Unterstützung der Marktkaufleute und Schausteller im Bayerischen Landtag.



Klaus Adelt

Jürgen Wild musste mitteilen, dass das Schreiben von Staatsminister Hubert Aiwanger, dass die Kommunen nicht über den Höchstbetrag von 30 Euro bei Gestattungen kommen sollten, nicht überall den gewünschten Erfolg erzielt. Fürth ist hier Paradebeispiel. Diese haben in einer Sitzung beschlossen, dass die Gestattung nach der ursprünglichen Kostennote verlangt wird. Ein Gespräch mit dem Sachbearbeiter ergab, dass dieser sich noch auf eine Ungleichbehandlung bei Veranstaltungen berief, die er nicht für gutheißen konnte. Ronald Morawski, seines Zeichens Stadtrat in Fürth betätigte diese Auskunft. Für den Weihnachtsmarkt mit 30 Tagen zahlt man 2022 in Fürth 900 Euro. Im Vergleich dazu führte Morawski an, dass Nürnberg für den gesamten Weihnachtsmarkt 160 Euro verlangt.

Landrat Armin Kroder dankte in seinen Grußworten den Marktkaufleuten und Schaustellern für ihre wichtige Arbeit. Auch Kroder hat 3 kleine Kinder und weiß deshalb, wie wichtig die kleinen Kirchweihen und Feste für die Bevölkerung sind. Es ist eine soziale Funktion, die hier geleistet wird. Es ist für Kroder nicht selbstverständlich, dass sich Menschen neben ihrer normalen Tätigkeit ehrenamtlich für andere einsetzen. Die Verbandsarbeit ist unverzichtbar notwendig und hat man gerade in der Pandemie wieder lernen können. Gerade in einer Zeit, in der sich das Kabinett schnell entscheiden musste, war es die Stimme, die schnell auf die Landesregierung zutreten und vor allem die kleinen Betriebe



Landrat und stellvertretender Landesvorsitzender der Freien Wähler Bayern Armin Kroder

be vertreten konnte. Deshalb bedankte er sich bei allen Anwesenden für diesen Einsatz. Wild dankte im Gegenzug Landrat Kroder, da dieser bereits im Vorfeld mit einer kleinen Zuwendung diese Veranstaltung der Marktkaufleute und der Schausteller unterstützt hat. Der Arbeitnehmermangel ist nicht nur als Beispiel bei den Handwerkern, der Gastronomie, im Gesundheitswesen, sondern sogar in den Behörden angekommen. Aktuell ist ein Arbeitnehmermarkt entstanden. Eine „Ausbeutung“ eines Arbeitnehmers ist nicht mehr gegeben, da sich der Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz aussuchen kann. Deshalb begrüßte er auch, dass an diesem Tag das Thema Arbeitssicherheit, durch einen Vertreter eines Kompetenzzentrums, mit auf der Tagesordnung behandelt wurde. Dieses zeigt das Interesse der Branche an seinen Mitarbeitern. Kroder empfindet aber dass gerade ein Generationswechsel stattfindet. Die Gefahr hierbei ist, dass vielleicht viele Menschen nicht mehr bestimmte, arbeitsintensive Branchen machen wollen. Dann stellt sich die Frage: „Wer macht es dann?“ In einem solchen Fall kann man nicht erwarten, dass es ein anderer macht. KI wird in der Zukunft einen größeren Rahmen in unserem Leben einnehmen. Dort wo es aber um den menschlichen Umgang, um einen Austausch, um ein freundliches Gesicht bei z. B. Fahrgeschäft, in der Gastronomie, am Marktstand geht, macht sich Kroder echte Sorgen. Zuwanderer sollen zukünftig arbeiten können und somit den Bedarf an den fehlenden Arbeitskräften ausgleichen. Kroder, der aus der Landwirtschaft stammt, glaubt schon an eine vernünftige, freie Haltung. Der BIO-Markt ist nach seiner Meinung wichtig, aber aufgrund seiner Gespräche mit Landwirten und Händlern nicht weitergewachsen. Dennoch sieht Kroder Vorteile bei BIO aber auch bei der konventionellen Bearbeitung. Es gibt auf der ganzen Welt BIO, doch wenn eine BIO-Ananas aus sonst woher im Schaufenster steht, ist es zwar BIO hat aber mit Umwelt-Gerechtigkeit am Ende nichts mehr zu tun. Deshalb wird eine bevormundende Haltung abgelehnt. Wenn es einen Markt und das Interesse für BIO geben sollte, ist es okay. Aber die Regionalität darf dabei nicht aus den Augen verloren werden. Bei der ganzen Diskussion wird dabei auch die soziale Frage aufgeworfen. Wenn eine Familie mit drei oder mehr Kindern, mit einem normalen Gehalt auf einem Weihnachtsmarkt, Volksfest oder Kirchweih sich dieses nicht mehr leisten kann, ist es auch nicht in Ordnung.

In bestimmten Bereichen kann es gut sein, mit BIO zu arbeiten in anderen ist es eben regional. Es soll aber kein Gesetz geben, dass es nur noch BIO auf Weihnachtsmärkten, Volksfesten und Kirchweihen geben soll.

**Der Bayerische Landesverband der Marktkaufleute und der Schausteller bedankt sich bei der CSU-Landtagsabgeordneten Petra Guttenberger, beim Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Bürokratieabbau Walter Nussel (MdL), bei Klaus Adelt (SPD) und beim Landrat und stellvertretenden Landesvorsitzenden der Freien Wähler Bayern Armin Kroder für den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit.**

BLV-Pressestelle: JW/Foto ■



## Der größte deutsche Verband für Marktkaufleute, Schausteller und Circusse

Wir vertreten regional und überregional die Interessen unserer Mitgliedsverbände

In Zusammenarbeit mit anderen Spitzenverbänden und Organisationen, in denen der BSM Mitglied ist, setzen wir uns für die Interessen des Reisegewerbes auf politischer Ebene ein.

### BERID

Verband zur Förderung der schulischen Bildung und Erziehung von Kindern der Angehörigen reisender Berufsgruppen in Deutschland.

### BMV

Bundesmarktverband der Fischwirtschaft

### ENTE

European Network for Traveller Education (Europäischer Bildungsverband für Reisende)

### ESU

Europäische Schaustellerunion

### VFSG

Verein zur Förderung der Sicherheit von Großveranstaltungen e.V.